

Sektion Alter(n) und Gesellschaft

Frühjahrstagung »Altersarmut, Altersdiskriminierung, Alterssicherung« am 12. und 13. Mai 2023 an der Hochschule Neubrandenburg

Die Tagung wurde von Claudia Vogel, Professorin für Soziologie und Methoden der quantitativen Sozialforschung, und Kai Brauer, Professor für Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung, organisiert und vom Forschungsnetzwerk Alterssicherung gefördert. Vorher, am 11. und 12. Mai, fand außerdem das thematisch gekoppelte GWA-Arbeitstreffen »zu alt, zu fremd, zu ...?«, das in Kooperation mit der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit organisiert wurde. Insgesamt 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Veranstaltungen.

Bis zur Jahrtausendwende ging das Ausmaß der Altersarmut zurück. Jedoch hat sich dieser Trend inzwischen umgekehrt. Die Armutsgefährdungsquoten der Personen, die die Regelaltersgrenze für den Ruhestand erreicht haben, steigen. Heute ist Armut im Alter im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich ausgeprägt. Mit Armutslagen gehen schlechtere Gesundheitsversorgung, prekäre Wohnverhältnisse und ein Mangel an Partizipation einher; es geht nicht nur um Einkommen und Vermögen, sondern zum Beispiel auch um Lebensqualität und Handlungsspielräume. Bei der Frühjahrstagung wurden Alterseinkommen in Ost- und Westdeutschland, Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung sowie Marginalisierung älterer Menschen verhandelt. Es zeigt sich ein Gesamtbild, das keine Umkehr des Trends einer steigenden Altersarmut erwarten lässt, es sei denn, es gibt eine politische Neuausrichtung mit einer Stärkung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung. Zentrale Stellschraube ist die solidarische Ausgestaltung der Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung.

Im Eröffnungsvortrag »Alter, Altersgrenzen, Altersdiskriminierung« hat *Harald Künemund* (Vechta) argumentiert, dass Altersgrenzen Diskriminierung entgegenwirken, da sie eine Gleichbehandlung verschiedener Geburtsjahrgänge sicherstellen: Zum Beispiel darf jede und jeder ab 18 Jahren wählen und – spätestens – ab dem Erreichen der Regelaltersgrenze (derzeit schrittweise Anhebung auf 67 Jahre) eine Rente beziehen. Eine Ungleichbehandlung entsteht erst bei Einführung oder Abschaffung von Altersgrenzen oder wenn für verschiedene Geburtsjahrgänge Veränderungen vorgenommen werden, also zum Beispiel die Regelaltersgrenze angehoben oder das Wahlalter abgesenkt wird. In der Lebenslaufperspektive stellen Altersgrenzen

Gleichbehandlung sicher und verhindern willkürliche Diskriminierung anhand des kalendarischen Alters etwa bei Kreditvergabe.

Den Auftakt zu sieben Schwerpunkten machten in den Sessions »Armut« und »Diskriminierung« *Tatjana Mika* und *Jürgen Faik* (Berlin) mit einer differenzierten Verteilungsanalyse der Alterseinkommen, in der sichtbar wurde, dass die derzeitige Hinterbliebenenversorgung nicht ausreicht, um Witwen vor Armut zu schützen. *David Stoll* und *Mathias Penger* (München) präsentierten eine Studie zur Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung im Alter in München: Mindestens ein Viertel der potenziell Anspruchsberechtigten bezieht keine Leistungen. *Andreas Jansen* (Darmstadt und Duisburg-Essen) analysierte Verteilungswirkungen der Ostrentenangleichung etwa nach Branchen. *Wolfgang Stadel* (Esslingen) und *Yvonne Rubin* (Jena) präsentierten eine Analyse wirksamer Hilfen für und mit älteren Menschen in der Sozialen Arbeit. *Jesper Schulze* (Frankfurt am Main) sprach über alltägliche, aber unsichtbare Altersdiskriminierung. *Christine Krüger*, *Claudia Vogel*, *Franziska Rämänen* (Neubrandenburg) und *Alberto Lozano Alcántara* (Berlin) thematisierten Ausschlüsse im Ehrenamt.

In der Session »Einkommen« präsentierten *Leila Akremi* und *Katharina Werhan* (Berlin) Armutsrisiken durch Erwerbsminderung und deren Beeinflussbarkeit durch aktuelle gesetzliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. *Carlo Knöpfel* (Muttentz/Schweiz) zeigte anhand einer konzeptionellen Analyse der Einkommen älterer Menschen in der Schweiz, dass Armutsberechnungen anhand der verfügbaren Einkommen – zum Beispiel nach Abzug von Wohnkosten – statt anhand der Nettoeinkommen vorgenommen werden sollten, um ein realistisches Bild der Lebenssituationen älterer Menschen zeichnen zu können. *Max Keck* (Duisburg-Essen) konnte in seiner Analyse des Grundsicherungsbezugs beim Übergang in die Altersrente kleine Selbstständige als Risikogruppe ohne ausreichende Alterssicherung identifizieren.

In den Sessions »Pflege« und »Sozialraum« präsentierten *Philipp Bläser*, *Lena Marie Wirth* und *Manfred Hülsken-Giesler* (Osnabrück) ein pflegebezogenes Case Management bei komplexer Pflegebedürftigkeit. *Manuela Schulz*, *Andrea Teti* (Vechta) und *Christiane Gross* (Würzburg) stellten ihre Analyse der Ungleichheitswirkungen bei Umzugsentscheidungen vor. Von *Tom Liebelt*, *Stefanie Bath* und *Mohamed Zaidi* (Berlin) wurden Formen aufsuchender Seniorenarbeit in der Praxis der Gemeinwesenarbeit präsentiert. *Hendrik Beck* (Weimar) stellte die Evaluation des Begleitformats »Gesund alt werden im Quartier« vor. *Marlene Jänsch* (Fulda) diskutierte Ergebnisse zu Bedingungen

institutionell organisierter Hilfe für hochaltrige Menschen aus der Perspektive von »Hilfepaar«-Gesprächen und zu Aushandlungen der Hilfebeziehungen.

In den Sessions »Altersvorsorge« und »Carearbeit« fragte *Ina Conen* (Köln) nach Optionen oder Hoffnung bezüglich transnationaler Altersvorsorgestrategien zur Kompensation von geringen Renteneinkünften. *Johannes Geyer* und *Ralf Himmelreicher* (beide Berlin) analysierten die Ungleichheitswirkung arbeitnehmerfinanzierter Entgeltumwandlung in der Privatwirtschaft. *Alberto Lozano Alcántara*, *Nadiya Kelle*, *Ulrike Ehrlich*, *Laura Romeu Gordo* und *Leonie Casal* (Berlin) präsentierten empirische Befunde zum Zusammenhang von Erwerbsverlaufsmuster und Übernahme von Pflege in der späten Erwerbsphase. *Claudia Vogel*, *Sebastian Bruer* (Neubrandenburg) und *Ralf Lottmann* (Magdeburg) diskutierten die mangelnde Inanspruchnahme und Reformoptionen der Familienpflegezeit, um sowohl Frauen als auch Männern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Carearbeit zu ermöglichen. *Lisa Jessee* (Köln) und *Alina Schmitz* (Dortmund) zeigten, dass die höheren Armutsrisiken von Witwen in verschiedenen Wohlfahrtsregimen unterschiedlich deutlich ausfallen und somit zumindest zum Teil sozialpolitisch korrigierbar wären.

Im Abschlussreferat »Altersarmut, Ageism, Soziale Ungleichheit« hat *Kai Brauer* (Neubrandenburg) Ansätze des Engagements vorgestellt, um gegen Altersfeindlichkeit einzustehen. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Frühjahrstagung das Positionspapier der Fachgruppe Soziale Arbeit in Kontexten des Alter(n)s der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) von *Christian Bleck* (Düsseldorf) und *Eva Maria Löffler* (Köln) präsentiert; *Anna Sarah Richter* vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge hat kommentiert.

Claudia Vogel

Sektion Kulturosoziologie

Tagung »Postkoloniale Perspektivierungen der Kulturosoziologie« am 23. und 24. März 2023 an der Universität Osnabrück

Ziel der Tagung war es, einen Dialog zwischen postkolonialen Ansätzen und der Kulturosoziologie in der DGS anzuregen – auch als ein Anstoß, in den Sektionen der DGS eine Diskussion voranzutreiben, die lange überfällig scheint: die Diskussion um die Herausforderungen und Konsequenzen der

postkolonialen Perspektiven auf die Moderne und auf die Soziologie. Dem lag die Beobachtung zugrunde, dass die Rezeption der *postcolonial studies* auch in der deutschsprachigen Kulturosoziologie noch immer in den Anfängen steckt. Die Kritik, die durch die Vertreter:innen postkolonialer Perspektiven oft an der (US-amerikanischen und positivistischen) Soziologie und ihrem eurozentristischen Erbe (zum Beispiel den Trennungen zwischen vormodernen und modernen Gesellschaften) geübt wird, mag dafür ein Grund sein. Aber auch umgekehrt bestehen Vorbehalte – seitens der soziologischen Theorie und Forschung etwa hinsichtlich der Verbindung von Theorie und Praxis, wie sie zuweilen innerhalb des postkolonialen Forschungsfeldes zu beobachten ist. Die von Heike Delitz, Lars Gertenbach und Marius Meinhof organisierte Tagung ging vor dem Hintergrund dieser bisherigen Rezeptionsbarrieren der Frage nach, inwiefern die Kulturosoziologie (theoretisch und empirisch) von postkolonialen Perspektiven und Forschungsansätzen profitieren kann – und wie es sich umgekehrt verhält.

Wolfgang Eßbach (Freiburg) unterschied in seinem Eingangsvortrag drei Perspektiven auf den Tatbestand des Kolonialismus und postkoloniale Gesellschaften: eine soziologische, eine sozio-politische und eine moralische und illustrierte sie kenntnisreich. *Manuela Boatcă* (Freiburg) verwies auf den spezifischen Entstehungshintergrund der *postcolonial studies*, der dazu geführt hat, dass andere als westeuropäische Kolonialmächte und Imperien bislang wenig in den Blick geraten seien, etwa das Osmanische Reich oder das zaristische Russland. Darüber hinaus sind im Kontext postkolonialer Theoriebildung entwickelte Konzepte wie das der Kreolisierung oder Transkulturation noch wenig auf europäische Gesellschaften angewendet worden. Dass dies jedoch durchaus Erkenntnisgewinne verspricht, zeigte sie am Beispiel der multiethnischen Region Transsilvanien.

Sergio Costa (Berlin) machte auf Re-Ethnisierungstendenzen in Lateinamerika aufmerksam. Davon ausgehend widmete er sich in seinem Vortrag dem Verhältnis von (kulturellen) Differenzen und (sozialstrukturellen) Ungleichheiten. Er kritisierte, dass klassische Theorien wie diejenigen Axel Honneths oder Charles Tillys entweder kulturalistisch oder ökonomistisch argumentieren. Die Frage wäre doch aber, wann Differenzen politisch relevant werden, während andere unsichtbar bleiben, und wie diese Differenzen mit Ungleichheiten korrelieren? Costa plädierte vor diesem Hintergrund für eine vermittelnde Perspektive. *Jens Kastner* (Wien) nahm den anti-akademischen Impuls in den dekolonialen Debatten Lateinamerikas in den Blick. Deren Vertreter:innen gehen sowohl auf Distanz zu klassischen Theorien

als auch zu Universitäten als Orten akademischer Wissensproduktion. Stattdessen verweisen sie auf die Wissensproduktion Betroffener – etwa indigener Gruppen – und favorisieren eine Forschung »auf Augenhöhe«. Problematisch sei dabei unter anderem, so Kastner, dass Universitäten als Orte »westlichen Denkens« vereinheitlicht würden – dabei seien sie jedoch vielmehr Arenen von Kämpfen. Die ahistorische Selbstpositionierung der postkolonialen Aktivist:innen als einzige Akteure, für die Fragen der Praxis wichtig seien, verkenne zudem, dass es eine lange Tradition der akademischen Beschäftigung mit Fragen der Praxis gibt (vgl. Marx, Gramsci, Bourdieu).

Philipp Degens und *Leo Roepert* (Hamburg) vertraten in ihrem Vortrag die These einer Ko-Konstitution von Rassismus und Eigentum, die sie am Beispiel der USA plausibilisierten. Ihr Fazit: Das Eigentumsrecht, das so oft als Freiheitsrecht begriffen wird, geht auch mit Herrschaft einher, weil alle diejenigen ausgeschlossen werden, denen das Recht auf Eigentum abgesprochen wird.

Philipp Altmann (Quito) zeichnete die Geschichte der Soziologie in Ecuador nach und gab einen Einblick in die Rezeptionslinien europäischer soziologischer Theorien vor Ort. *Inken Bartels*, *Philipp Schäfer*, *Laura Stielike* und *Maurice Stierl* (Osnabrück) plädierten für eine stärkere Verknüpfung der Migrationsforschung mit postkolonialen Ansätzen. Dies würde die Forschung für postkoloniale Machtkonfigurationen sensibilisieren, sie stärker von westlichen Epistemologien entkoppeln und als eine performative Praxis sichtbar machen, die selbst Teil von Prozessen der Migrantisierung ist.

Inwiefern auch eine Geschichte und Soziologie des Designs von postkolonialen Perspektiven profitieren würde, verdeutlichte *Sophia Prinz* (Zürich) in ihrem Vortrag. Gerade am Design ließen sich globale Verflechtungen, Transkulturation und Kolonialismus mitsamt ihren Verdrängungen nachweisen. Das gilt für die weitreichende Bedeutung von Rohstoffen wie Kautschuk, Baumwolle oder Farben ebenso wie für die Aneignung von Gestaltungsideen. Zugleich plädierte sie für einen praxistheoretischen Zugriff auf Prozesse des Gestaltens und Entwerfens, der mehr als nur das professionalisierte Tun westlicher Berufsdesigner:innen umfassen sollte.

Marius Meinhof (Bielefeld) setzte sich mit der chinesischen Adaption der durch Edward Said und andere vorgebrachten Orientalismuskritik auseinander. Während es unter chinesischen Intellektuellen zunächst zu einer Gleichsetzung von Orientalismus und Imperialismus kam, auf deren Grundlage dann »der Westen« kritisiert wurde, würden gegenwärtig auch eigene Orientalisierungen und Hierarchisierungen kritisch in den Blick genommen. Diese

würden etwa gegenüber solchen Bevölkerungsgruppen vorgenommen, die als rückständig gelten.

Estela Schindel (Frankfurt/Oder) übte Kritik am Begriff des Anthropozäns, der aus ihrer Perspektive einen spezifisch europäischen Natur-Kultur Dualismus und einen »menschlichen Exzeptionalismus« stütze. Als Alternativen dazu brachte sie lateinamerikanischen Vorstellungen ins Spiel, die den Menschen als dynamisch in die Natur eingebunden denken und auch nicht-menschliche Entitäten (Pflanzen, Sterne, Tiere) als Subjekte begreifen. Die Trennlinien zwischen »Kultur« und »Natur« werden demnach sehr unterschiedlich gezogen. *Heike Delitz* (Regensburg) knüpfte in ihrem Vortrag daran an. Sie plädierte für die verstärkte Rezeption kultur- und sozialanthropologischer Theorien (Viveiros de Castro und andere) und schlug im Sinne einer symmetrischen Anthropologie eine Berücksichtigung von außereuropäischen, indigenen Begriffen und Konzepten vor. Ziel sei es dann, Natur-Kultur-Verständnisse als Bedeutungssysteme zu vergleichen und die eigenen Begriffe in den Vergleich mit anderen einzubeziehen, statt die eigene Ontologie (das heißt die Vorstellung von der einen Natur und vielen Kulturen) für universell zu halten.

Auch bei *Janna Vogl* (Weimar) stand die kritische Reflexion eigener Ontologien im Vordergrund. In ausgewählten Beispielen qualitativer Forschung in nicht-westlichen Kontexten (Kabeer, Mahmood) machte sie deutlich, wie Widersprüche in den Daten zugunsten bestehender Theoriekonzepte geglättet werden. *Alexander I. Singls* (Galway) Beitrag beschäftigte sich mit der Kritik des soziologischen Kanons. Ziel sei nicht, den Kanon zu vergessen, sondern einen überzeugenden Weg seiner Provinzialisierung zu finden.

Zuletzt machte *Lars Gertenbach* (Osnabrück) auf postkoloniale Anfangsgründe soziologischer Theoriebildung aufmerksam. Am Beispiel von Pierre Bourdieus Zeit in Algerien und Bruno Latours Aufenthalt in Abidjan zeigte Gertenbach, dass die Erfahrungen in kolonialen Kontexten zu entscheidenden Wendungen nicht nur in deren wissenschaftlichen Biografien, sondern auch in deren Theorie- und Begriffsentwicklung führte.

Beide Tage endeten mit Diskussionsrunden, in denen die jeweiligen Selbst- und Fremdverständnisse der Kulturosoziologie und der deutschsprachigen postkolonialen Soziologie deutlich wurden. Sichtbar wurden die Defizite in der gegenseitigen Wahrnehmung: Nicht nur hat die deutschsprachige Kulturosoziologie (wie insgesamt die deutschsprachige Soziologie) trotz vieler Vorarbeiten von Costa, Boatecă und anderen die postkolonialen Herausforderungen und Potentiale bisher kaum (sichtbar) aufgenommen; es zeigte sich

auch eine umgekehrte Unkenntnis der Kultursoziologie seitens der Vertreter:innen einer postkolonialen Soziologie. Man kann es als das vielleicht größte Verdienst der Tagung ansehen, hier neue Brücken gebaut zu haben. Den Vortragenden und interessierten Gästen eröffneten sich über diese Offenlegung hinaus zahlreiche Anregungen, wie kultursoziologische und postkoloniale Perspektiven produktiv aufeinander zu beziehen wären. Deutlich formuliert wurde zudem, wie sehr die postkoloniale Theoriearbeit und Kritik gerade auf jenen Autor:innen basiert, die – wie zum Beispiel Bourdieu, Foucault oder auch Derrida – seit langem zum Kern der deutschsprachigen Kultursoziologie gehören.

Uta Karstein, Patricia Thomas